



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Dr. Gerhard Hopp, Petra Guttenberger, Dr. Alexander Dietrich, Alex Dorow, Karl Freller, Sebastian Friesinger, Andreas Kaufmann, Dr. Stephan Oetzinger, Martin Stock, Karl Straub, Peter Wachler** und **Fraktion (CSU)**,

Florian Streibl, Felix Locke, Ulrike Müller, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Aktuelle Situation in der Türkei

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag betont, dass zwischen dem Freistaat Bayern und der Republik Türkei viele gute und enge Beziehungen bestehen.

Der Landtag sieht die Republik Türkei als starke Wirtschaftsnation und Stabilitätsanker in der Region als zentralen Partner Europas, auch bei der Lösung globaler Herausforderungen, wie beispielsweise der Bekämpfung der irregulären Migration, den Verbindungen mit Syrien oder den Bemühungen um einen Friedensschluss im Ukraine-Krieg. Als NATO-Partner ist die Türkei eine tragende Säule der gemeinsamen Sicherheitsarchitektur.

Vor diesem Hintergrund beobachtet der Landtag die aktuellen Geschehnisse in der Türkei mit der Verhaftung des Bürgermeisters von Istanbul, Ekrem İmamoğlu, mit größter Sorge.

Der Landtag bringt zum Ausdruck, dass die enge Partnerschaft der Europäischen Union, der Bundesrepublik Deutschland und des Freistaates Bayern mit der Republik Türkei nur auf der Basis gemeinsamer Werte wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Wahrung der Menschenrechte funktionieren und weiter vertieft werden kann.

Der Landtag betont, dass zur Wahrung dieser Werte die Türkei als Mitglied der NATO, des Europarats und EU-Beitrittskandidat verpflichtet ist. Daher sind die weitere Entwicklung der Lage in der Türkei und die Haltung sowie das Handeln der Regierung der Republik Türkei intensiv zu beobachten.

Begründung:

Zwischen dem Freistaat Bayern und der Republik Türkei bestehen auf vielen Ebenen intensive und gute Beziehungen. Als Beispiele können hier viele Städtepartnerschaften und die engen Wirtschaftsbeziehungen genannt werden. Mehr als 194 000 Menschen mit türkischer Staatsangehörigkeit leben in Bayern.

Die aktuellen Geschehnisse in der Türkei, die durch die Verhaftung des Bürgermeisters von Istanbul, Ekrem İmamoğlu, ausgelöst wurden, erfüllen den Landtag mit Sorge. Angesichts der Verhaftung von Ekrem İmamoğlu sowie des Umgangs mit den Demonstrationen dagegen – Verbote von Demonstrationen, der Verhaftung von Demonstranten und des Vorgehens von Sicherheitskräften – haben sich neben der Präsidentin der Europäischen Kommission auch weitere NATO-Partner besorgt gezeigt.

Der Landtag betrachtet es als wichtig, dass auch auf Ebene der Europäischen Union die Beziehungen zur Türkei in Richtung einer sog. privilegierten Partnerschaft weiter vertieft werden sollen. Der Landtag konstatiert aber auch, dass Projekte wie die geplante Modernisierung der Zollunion und eine Visaliberalisierung wegen Rückschritten bei Rechtsstaatlichkeit, Grundrechten und Meinungsfreiheit in der Türkei bereits vor den aktuellen Geschehnissen zurückgestellt wurden. Aus Sicht des Landtags sind die aktuellen Entwicklungen genau zu beobachten und Auswirkungen auf geplante Formate wie die EU-Türkei-Dialoge zu Wirtschaftsthemen sowie zu Migrations- und Sicherheitsthemen zu prüfen. Denn eine so vertiefte Partnerschaft ist auf einer gemeinsamen Basis von Werten möglich.